

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

2Dienstag (Vormittag), 17. März 2015

Polizei- und Militärdirektion

14 2014.POM.710 Kreditgeschäft

Amt für Migration und Personenstand (MIP); Unterbringung und Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Asylsuchender (UMA) im Kanton Bern. Zusatzkredit 2015 und 2016 zu mehrjährigem Verpflichtungskredit

Beilage Nr. 04, RRB 23/2015

Präsidentin. Nous passons à l'affaire 14. C'est un crédit qui est soumis au référendum financier facultatif et M. Wenger a la parole pour la commission. Monsieur, c'est à vous.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Kommissionspräsident. Wir haben in der vergangenen Septembersession einen Kredit über 3,6 Mio. Franken bewilligt für die Unterbringung von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMA). Die Ereignisse haben sich so entwickelt, dass wir mittlerweile nicht durchschnittlich 72 UMA im Kanton Bern betreuen, sondern rund 140. Daraus folgt logischerweise, dass wir mehr Geld benötigen. Der Kredit, den man für 2015 und 2016 erwartet, ist bei 6,9 Mio. Franken veranschlagt, abzüglich die 3,6 Millionen, welche wir im September bewilligt haben. Somit müssen wir heute über Zusatzkosten von 3,3 Mio. Franken beschliessen. Die Sicherheitskommission hat im Vorfeld der Septembersession betreffend den damals für vier Jahre geplanten Kredit die Meinung vertreten, man solle nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten suchen. Deshalb wurde das Geld nur für die Jahre 2015 und 2016 bewilligt. Somit bezieht sich auch der Zusatzkredit auf die Jahre 2015 und 2016. Es ist beabsichtigt, ab 2017 allenfalls mit einem neuen Modell zu arbeiten. Doch wir können erst dann mit einem neuen Modell, welches vielleicht kostengünstiger ist, arbeiten, wenn ein solches vorliegt. Deshalb bleibt uns kurzfristig nichts anderes übrig, als mit jenen Mitteln weiterzufahren, die uns zur Verfügung stehen. Im Moment ist dies die Unterbringung der UMA in Bärau und Belp, die wir im bisherigen Rahmen fortsetzen möchten. Die Sicherheitskommission hat diesen Kredit intensiv beraten und mit 10 Ja gegen 6 Nein zur Annahme empfohlen.

Antrag SVP (Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden)
Ablehnung des Zusatzkredits

Präsidentin. Nous avons ici une proposition d'amendement de l'UDC, donc, Mme Geissbühler, je vous prie de vous inscrire d'abord et de venir argumenter votre proposition d'amendement. Puis, je prie les porte-parole des groupes de s'annoncer. Nous sommes en débat libre, donc vous avez six minutes.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Warum lehnt die SVP den Zusatzkredit von jährlich 3,3 Mio. Franken für die Jahre 2015 und 2016 ab? Der Zusatzkredit ist für die separate Unterbringung von jugendlichen Asylsuchenden vorgesehen. Erstens möchte ich daran erinnern, dass wir bereits während der letzten Septembersession 3,6 Mio. Franken für diese Zeitspanne bewilligt haben. Für diesen Betrag ist es möglich, 50 Jugendliche im Haus Bäregg bei Langnau i. E. und 40 Jugendliche in einer separaten Unterkunft in Belp unterzubringen. Somit können insgesamt 90 Jugendliche untergebracht werden. Zweitens: Weil im Vortrag des Regierungsrats leider die wichtigsten Informationen für die Meinungsbildung fehlen, haben wir in der SiK zusätzliche Zahlen verlangt und schliesslich auch erhalten. Ich hoffe, dass diese zusätzlichen Informationen durch die Mitglieder der SiK in die Fraktionen getragen wurden. Drittens: Die Altersangaben zu den unbeglei-

teten Asylsuchenden, welche man ebenfalls in dem zusätzlichen Dokument nachlesen kann, zeigen, dass die 13–17-Jährigen alle in den bisherigen Unterkünften Platz fänden. Wir sind der Meinung, dass die 18- und 19-Jährigen in den ordentlichen Asylunterkünften untergebracht werden könnten. Für uns ist das Argument, dass die 18- und 19-Jährigen nicht in den Unterkünften für Erwachsene leben sollten, damit sie nicht mit Drogendeal und sonstiger Kriminalität in Kontakt kommen, nicht überzeugend. Kriminelles Verhalten sollte in unseren Unterkünften sowieso nicht vorkommen. Zudem gibt es in den anderen Kantonen nicht so viele zusätzliche Unterkünfte wie in Bern. Auch die EU-Aufnahmerichtlinien sehen vor, dass bereits Jugendliche ab 16 Jahren in den Unterkünften für Erwachsene wohnen können. Die SVP lehnt den Zusatzkredit ab, weil im Moment genügend Plätze zur Verfügung stehen, wenn man die vorliegenden Dokumente genau liest. Wir sind jedoch auch der Meinung, dass unbegleitete Asylsuchende unter 17 Jahren einen speziellen Schutz und eine spezielle Unterbringung verdienen und benötigen. Deshalb bitten wir Sie, den Zusatzkredit abzulehnen.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Wie bereits erwähnt, haben wir im September 2014 einen Kredit für die Jahre 2015 und 2016 gesprochen. Dass wir nicht über einen Kredit für die nächsten vier Jahre beschliessen mussten, liegt daran, dass ein neues und vorzugsweise kostengünstigeres Unterbringungskonzept für die Zeit ab 2017 ausgearbeitet werden soll. Das Konzept liegt noch nicht vor, was auch nicht erstaunt, sind doch seit dem Entscheid des Grossen Rates erst sechs Monate vergangen. Markus Wenger hat uns darüber informiert. Weltweit sind 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht. So viele waren es noch nie. Wer den Bericht der UNO-Flüchtlingshilfe liest, stellt fest, wie unendlich dankbar wir sein können, weil das Schicksal es gewollt hat, dass wir in diesem Land leben dürfen. Von diesen 51,2 Millionen Menschen sind rund 140 UMA im Kanton Bern. Sie sind höchstens 18 Jahre alt oder jünger. Somit sind es Kinder. Diese Kinder haben ein anderes Schicksal als wir. Es sind Kinder, die verloren gegangen sind oder die sich alleine bis zu uns durchgekämpft haben, weil sie leben wollen. Vielleicht wurden sie von Schleppern transportiert, die viel Geld kassiert haben. Es sind auch Kinder darunter, deren zurückgebliebene Eltern für sich keinen anderen Ausweg mehr gesehen und ihre Kinder zur Flucht aufgefordert, und wer weiss, vielleicht sogar gezwungen haben.

Ob wir nun diesen Kredit annehmen oder nicht: Es werden weiterhin Kinder mit solchen Schicksalen zu uns kommen. Wir können uns mit allen möglichen Mitteln für eine Abschottung der Schweiz einsetzen, was ja leider nicht nur in diesem Bereich von gewissen Kreisen gefordert wird. Doch leider können wir die Flucht dieser 51,2 Millionen Menschen nicht stoppen. Wir können auch keinem Schlepper und keiner Schlepperorganisation das Handwerk legen. Die Schweiz und unser Kanton können keinen Krieg stoppen, so gerne wir dies tun würden. Was wir jedoch als Mitglied der UNO und als Unterzeichner der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte tun können, ist, diesen 140 Kindern – es handelt sich von Gesetzes wegen um Kinder – unsere Hilfe anzubieten. Die UNO-Präambel ruft in Erinnerung, dass die Kinder wegen ihrer Verletzlichkeit Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung haben. Diese Kinder sind oft vom Krieg traumatisiert. Sie haben keine geregelten Strukturen und keine Menschen, die sich um sie kümmern. Sie brauchen genau jetzt unsere Hilfe. Wir müssen das verlangte Konzept erarbeiten und werden noch erfahren, wie es aussehen wird. Es ist zu hoffen, dass sich neben den bekannten Institutionen Zentrum Bäregg und Belp auch Pflegefamilien finden werden. Doch die Betreuung dieser Kinder ist sehr anspruchsvoll. Ich könnte mir gut vorstellen, dass es für heutige Familien mit einer Teilzeit erwerbstätigen Mutter, einem voll erwerbstätigen Vater und Kindern, die verschiedene Schulen besuchen und unterschiedliche Hobbies haben, nicht einfach sein wird, zusätzlich ein fremdländisches und womöglich traumatisiertes Kind zu begleiten. Sabina Geissbühler, es sind Kinder! Es sind nicht per se Kriminelle, die zu uns kommen. Es geht hier in erster Linie um Kinder, die Asyl suchen. Wir stehen somit hinter diesem Kredit und lehnen den Antrag der SVP ab.

Christoph Ammann, Meiringen (SP). Dieser Antrag steht ziemlich quer in der Landschaft. Wir haben während der Septembersession eingehend über dieses Thema diskutiert und haben auch in der SiK ausführlich darüber gesprochen. Schon damals stellte man fest, dass die Anzahl unbegleiteter Asylsuchender stark zunimmt. Der Polizeidirektor hat auch schon darauf hingewiesen, dass man damit rechnen muss, dass der Kredit nicht reicht. Wir haben auch über die verschiedenen Unterbringungsmöglichkeiten eingehend diskutiert. Der Entscheid damals war klar: Die UMA sollen separat untergebracht werden, entweder in speziellen Unterkünften oder in Pflegefamilien, sodass man die Anforderungen des Kinderschutzes erfüllt. Diese Ausgangslage hat sich aus Sicht der SP-

JUSO-PSA-Fraktion seit September 2014 nur insofern geändert, als die Fallzahlen stark zugenommen haben. Unter welchen Umständen diese Asylsuchenden zu uns gekommen sind, welchen Hintergrund und welche Belastungen sie mitbringen, hat meine Vorrednerin eingehend dargelegt. Unserer Meinung nach kann man die Unterbringungsfrage heute nicht ernsthaft diskutieren. Wir haben bereits im September klar festgelegt, was wir für die nächsten zwei Jahre wollen. Wenn wir den Zusatzkredit heute ablehnen, nehmen wir zwangsläufig in Kauf, dass man UMA in Kollektiv-Unterkünften einquartieren muss. Wer dabei noch von Kinderschutz spricht, klingt zynisch. Mit einer Ablehnung des Kredits provoziert man, dass der Kinderschutz zumindest nicht umfassend eingehalten werden kann. Man riskiert, dass die KESB Gefährdungsmeldungen erhalten wird. Dadurch wird es zu Rechtsverfahren und zu hohen Mehrkosten kommen. Dies will unsere Fraktion nicht. Wir wollen, dass das Parlament für das Amt für Migration ein verlässlicher Partner ist und bleibt. Wir wollen, dass UMA unter menschenwürdigen Bedingungen in der Schweiz untergebracht werden und der Kinderschutz eingehalten wird. Deshalb lehnen wir den Ablehnungsantrag selbstverständlich ab und schliessen uns der Haltung von SiK und Regierung an.

Annette Toggwiler-Bumann, Ostermundigen (glp). Wenn man sieht und hört, dass Abertausende von Menschen aus Afrika auf dem Weg nach Europa sind, kann dies Angst auslösen. Der Eindruck, dass die Regierung der Schweiz und die Regierungen der EU-Staaten nicht immer einen Plan haben, wie sie mit dieser Situation umgehen sollen, trägt nicht zur Beruhigung bei. Bei diesem Nachkredit geht es jedoch ausschliesslich darum, wie wir mit Kindern und Jugendlichen umgehen, die von Gesetzes wegen den KESB-Richtlinien unterstellt sind. Kosten werden sowieso entstehen. Es geht jedoch darum, dafür zu sorgen, dass diese Kinder und Jugendlichen weder abtauchen noch kriminell werden. Bei einer Unterbringung in einem normalen Asylzentrum wäre diese Gefahr gross. Hier könnten die KESB-Richtlinien nicht umgesetzt werden, und wir müssten mit Gefährdungsmeldungen von Beiständen rechnen. Die glp ist überzeugt, dass die Unterbringung in separaten Institutionen auf lange Sicht am kostengünstigsten ist. Wir werden dem Nachkredit einstimmig zustimmen.

Christine Häslar, Burglauenen (Grüne). Ich möchte meinen Vorrednerinnen und Vorrednern danken, insbesondere Anita Luginbühl, die von Menschlichkeit, von Verantwortung und von den Bedürfnissen von Kindern gesprochen hat. Damit hat sie den Geist der BDP in diesen Saal getragen. Im September haben wir 3,6 Mio. Franken für die Unterbringung von UMA bewilligt. Wir wissen alle, was im Moment auf der Welt passiert. Wir sind gut informiert, wir sehen die Tagesschau und lesen die Zeitung. Wir wissen, dass in Syrien und in der Ukraine Krieg herrscht, und dass es zahlreiche Unruhen, kriegsartige Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen gibt, auch in Staaten, die sich relativ nahe bei uns befinden. Wir wissen, dass wir selbstverständlich nicht all diesen Menschen helfen und auch nicht alle Menschen bei uns aufnehmen können. Doch wir wissen auch, dass heute weitaus mehr Menschen weltweit auf der Flucht sind, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Dazu gehören auch Kinder und Jugendliche. Wir können so tun, als ginge uns dies nichts an, und als könnten wir mit einem bürokratischen Entscheid ein Problem lösen. Doch das können wir nicht. Was auf der Welt geschieht, geht uns etwas an. Es hat mit uns zu tun, dass weltweit Ungerechtigkeit herrscht. Es hat auch mit uns zu tun, dass die Menschen hierher fliehen wollen, und es hat mit uns zu tun, dass jeden Tag und jede Nacht Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil sie verzweifelt unterwegs sind auf der Suche nach einem besseren Leben. Wir haben die menschliche, ethische und politische Pflicht, den Menschen, die hierherkommen – insbesondere den verletzlichen Menschen und den Kindern – in einer Weise beizustehen, die der Anstand verlangt und die der humanitären Tradition der Schweiz entspricht. Ich bitte Sie deshalb sehr darum, diesem Nachkredit zuzustimmen. Die grüne Fraktion tut dies einstimmig. Für uns ist dies selbstverständlich. Kosten können höher ausfallen, als man dies vor einem halben Jahr vorhergesehen hat. Deshalb muss man dieser sinnvollen Investition in die Kinder und in die Zukunft zustimmen.

Philippe Müller, Bern (FDP). Es geht hier um einen Zusatzkredit, und nicht um die Frage, wie die UMA untergebracht werden sollen. Diese Frage haben wir nämlich im letzten September für die Jahre 2015 und 2016 entschieden. Es war damals schon bekannt, dass es einen Zusatzkredit geben wird, es wurde mit offenen Karten gespielt. Die Frage, wie die UMA in Zukunft untergebracht werden sollen, wird bereits in diesem Herbst in der Sicherheitskommission diskutiert werden. Anschliessend wird das Geschäft wieder in den Grossen Rat gelangen. Dass die Unterbringung von Kindern jetzt nicht im Rahmen eines Zusatzkredits übers Knie gebrochen werden kann, ist für die FDP klar. Dass es für Kinder eine besondere Unterbringung braucht, ist für die FDP ebenso klar. Es

geht um junge Menschen, die das Leben noch vor sich haben, und nicht um Gegenstände, die man in ein Regal stellen kann. Wir werden heute nicht über die zukünftige Unterbringung der UMA diskutieren. Die FDP empfiehlt Ihnen einstimmig, diesen Zusatzkredit anzunehmen.

Patrick Gsteiger, Eschert (EVP). Permettez-moi de vous parler ici d'une émission de la Télévision Suisse Romande de ces dernières semaines, c'était Temps présent qui a fait le point sur la situation des requérants d'asile mineurs non accompagnés en Suisse. On y a découvert que les droits de l'enfant ne sont pas toujours respectés dans notre pays. Je ne vous cacherais pas que cette situation m'a particulièrement ému. On a aussi vu dans ce Temps présent de fortes disparités entre les cantons et des manquements importants en matière d'encadrement des mineurs. On voyait par exemple que dans le canton d'Argovie, des jeunes, des enfants sont carrément livrés à eux-mêmes toute la journée. Cette émission a généré des interventions au niveau du Parlement fédéral, il y a notamment une motion qui a été déposée qui invite le Conseil fédéral à faire respecter dans tous les cantons la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant. Bien entendu ce domaine est de la compétence des cantons. Alors, que voulons-nous? Que le canton de Berne soit également montré du doigt? Ou voulons-nous nous donner les moyens de remplir notre devoir en la matière, conformément au droit? Au parti évangélique, nous avons tranché, c'est ce deuxième cas de figure que nous voulons. Et personnellement aussi, je vous encourage à accepter ce crédit complémentaire.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich möchte mich zu diesem Geschäft ebenfalls äussern, weil ich der Meinung bin, dass wir hier eine Luxusvariante gewählt haben. Christine Häslar hat versucht, allen Grossräten ins Gewissen zu reden und zu erklären, wie schlimm alles sei. Ich möchte nun darlegen, dass die SVP keineswegs menschenfeindlich ist und dieses Anliegen sehr ernst nimmt. Von den rund 2000 Asylbewerbern, die in den 24 Kollektivunterkünften untergebracht sind, sind 45 Prozent zwischen 18 und 30 Jahre alt und somit junge Leute. Jetzt muss mir jemand erklären, wieso wir UMA nicht in einer Kollektivunterkunft unterbringen wollen, wie dies andere Kantone tun. Wir haben 143 UMA im Kanton. Davon befinden sich 125 im Asylverfahren. 18 haben einen Flüchtlingsstatus. Von den 143 UMA sind 66 Prozent zwischen 17- und 18-jährig. In meinen Augen sind dies keine Kinder mehr, und ich verstehe nicht, warum man sie nicht in einer Kollektivunterkunft unterbringen kann. Dies hat auch nichts mit Abschottung zu tun. Hinzu kommt, dass gemäss dem Asylgesetz für UMA eine Vertrauensperson sowie bei längerer Dauer ein Beistand durch die KESB verfügt wird. Im Testzentrum Zürich werden UMA gemeinsam mit anderen Personen aus dem Asylbereich untergebracht. Mich stört es, dass man an einer separaten Unterbringung ohne Wenn und Aber festhalten will. Wie soll ich einem Bürger erklären, dass der Kanton Bern für die Betreuung von jugendlichen Asylbewerbern pro Jahr und pro Person 60 000 Franken ausgibt? Dies ist leider die Realität. Deshalb bitte ich Sie, den Zusatzkredit abzulehnen.

Vreni Kipfer, Stettlen (BDP). Diesen Abänderungsantrag kann ich nicht verstehen. Wenn wir den letzten Abschnitt im Vortrag des Regierungsrats zum Verpflichtungskredit lesen, dann muss uns klar werden, dass es viel teurer wird, wenn wir die UMA – was für ein Wort übrigens für junge Menschen – in den ordentlichen Asylstrukturen unterbringen. Dort würden sie zu Recht einen Beistand erhalten. Die KESB würde eingeschaltet, etc. Was wollen wir tun? Diese Jugendlichen sind bereits hier. Sie sind unter anderem hier, weil Afrika zu viele «Ks» hat: Krankheiten, Kriege, Katastrophen, Korruption, Kapitalflucht. Zur Kapitalflucht würde ich gerne etwas ausholen, doch das liegt an dieser Stelle nicht drin. Die Bilder von Bootsflüchtlingsen auf dem Mittelmeer gelangen wöchentlich in unsere schönen, warmen und überfüllten Wohnzimmer. Unter diesen Bootsflüchtlingsen hat es auch Minderjährige. Bei einem der ersten Dramen, die sich vor Lampedusa abgespielt haben und auf welches die Medien aufmerksam wurden, gab es einen Besuch des Papstes. Der Papst hat aus meiner Sicht ein wichtiges Wort gesagt. Ich zitiere: «Unser Wohlstand hat uns unsensibel für die Schreie der anderen gemacht. Er hat dazu geführt, dass wir in einer schönen, leeren Seifenblase leben, in einer Globalisierung der Gleichgültigkeit.» Diese Gleichgültigkeit ist mitschuldig daran, dass wir nicht mehr wirklich hinhören und hinschauen, wenn es darum geht, warum diese Tausenden von Menschen übers Meer fahren und diese Strapazen auf sich nehmen. Den zitierten Satz habe ich auf eine Karte geschrieben. Sie steht heute auf meinem Pult, damit ich den Satz immer wieder lesen und mich daran erinnern kann, dass ich nicht gleichgültig werden will. Dies gilt gerade jetzt, wo es nur ums Geld geht, welches für junge Leute ausgegeben werden soll. Ich bitte Sie, diesen Abänderungsantrag abzulehnen und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Es geht hier auch darum, ein Zeichen zu setzen. Ich habe den Eindruck, dass wir von der SVP nicht mehr oder weniger menschlich sind als die anderen. Doch ich frage Sie: Wollen wir Herrgott spielen? Es wurde vorhin erwähnt, um welche Geldbeträge es bei diesem Geschäft geht. Ich will hier keine Grundsatzdebatte von Zaun reissen, doch mit diesem Geld könnte man in den Herkunftsländern zig Mal mehr Leuten helfen. Man könnte dort etwas ändern, wo diese Leute zuhause sind. Nun bieten wir den paar Jugendlichen, die hierher kommen, ein Leben in «Schweizer Qualität». Das ist einerseits richtig, doch vielleicht müssten wir uns fragen, ob es nicht besser wäre, einen Teil des Geldes, welches wir hier ausgeben, in den Herkunftsländern einzusetzen.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Kommissionspräsident. Als Präsident der vorberatenden Kommission möchte ich gerne etwas präzisieren. Wir haben gehört, dass in den Unterkünften für minderjährige Asylsuchende auch 18- und 19-Jährige leben. Die 18-Jährigen kann man nicht an ihrem Geburtstag als «Geschenk» einfach vor die Türe setzen. Es braucht Übergangslösungen. Diese Lösungen sind umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass über 90 Prozent dieser Asylsuchenden in der Schweiz bleiben werden. Ihre Kinder werden dereinst Schweizer sein. Davon müssen wir ausgehen. Deshalb ist es sinnvoll, genau hinzuschauen. Es leben tatsächlich auch 19-Jährige in diesen Unterkünften. Gemäss der Tabelle, die wir erhalten haben, handelt es sich dabei um drei junge Bur-schen von gesamthaft 97 Kindern und Jugendlichen. Nun zu einem weiteren Punkt: Mir ist es wichtig, den Mitarbeitenden der Polizei- und Militärdirektion und den zivilen Organisationen, die diese jungen Leute betreuen, ganz herzlich zu danken. Danken möchte ich auch den Kirchgemeinden, den Frauenvereinen und den Privaten, die sich hier landauf-landab engagieren, die Kuchen backen, Deutschunterricht erteilen, bei den Hausaufgaben helfen, Sportprogramme anbieten und so weiter. Es ist ein schönes Stück Schweiz, welches hier sichtbar wird. Für mich sind diese Frauen und Männer die Heldinnen und Helden dieser Szene, weil sie ihre Zeit für diese Leute einsetzen und auf andere zugehen. Dafür gilt ihnen mein herzlicher Dank.

Präsidentin. Le directeur de la police ne veut prendre qu'une fois la parole, donc je donne la parole à l'auteur de la proposition. Mme Geissbühler, c'est à vous, si vous voulez. Vous pouvez vous annoncer. Merci, c'est à vous et vous n'avez que trois minutes.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich kann sehr gut verstehen, was soeben gesagt wurde. Es leuchtet mir ein, und ich könnte es eigentlich auch unterschreiben, allerdings nur, wenn ich schlecht informiert wäre. Doch wir haben in der Sicherheitskommission zusätzliche Informationen angefordert und uns Zahlen liefern lassen. Allerdings wurden diese Unterlagen in den Fraktionen wohl nicht angeschaut. Meiner Meinung nach hat die Kommission unseriös gearbeitet. Das muss ich hier sagen. Es ist unseriös, Dinge zu behaupten, die nicht stimmen, weil man nicht die richtigen Zahlen verwendet. In den beiden Unterkünften, die heute bestehen, könnten alle Kinder und Jugendlichen untergebracht werden. Nun soll nicht nur ein Zusatzkredit gewährt, sondern auch eine zusätzliche Unterkunft bezogen werden. Es glaubt wohl niemand, dass man diese zusätzliche Unterkunft nächstes Jahr einfach wieder schliessen wird. Zu den Zahlen: Es hat 12 13-Jährige, 16 15-Jährige, 42 17-Jährige, 22 18-Jährige und 3 19-Jährige. Wenn man die 25 18- und 19-Jährigen nicht dazuzählt, haben alle anderen Platz in den bisherigen Unterkünften. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn diese Tatsache in der Vorlage nicht geschrieben steht. Wir von der SVP haben versucht, das Thema ganz sachlich anzuschauen. Auch wir wollen nicht, dass Kinder in den Unterkünften für Erwachsene untergebracht werden. Doch hier wurden unglaublich polemische Voten abgegeben. So kann man nicht über einen Kredit diskutieren! Wenn man über einen Kredit diskutiert, geht es um Fakten. Doch hier wurde nur polemisiert. Ich hoffe, dass es nicht noch einmal vorkommt, dass die Kommissionsmitglieder die Fraktionen nicht richtig informieren.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Wir sprechen über einen Zusatzkredit zum Grossratsbeschluss vom September 2014. Wie Sie sich sicher erinnern, hat die POM eine Lösung für die Unterbringung der UMA für die nächsten vier Jahre vorgeschlagen. Der Grosse Rat hat entschieden, diese Zeitspanne auf zwei Jahre zu reduzieren. Im Herbst 2015 werden wir mehrere Varianten für den zukünftigen Umgang mit den UMA vorschlagen. Anhand dieser Vorschläge wird man dann eine politische Diskussion zu dieser Frage führen. Doch heute geht es um einen Zusatzkredit, welcher mit einem Beschluss zusammenhängt, den der Grosse Rat bereits getroffen hat.

Der einzige Grund, warum es diesen Zusatzkredit braucht, besteht darin, dass die heutigen UMA-Zahlen nicht mehr den Zahlen entsprechen, welche dem Grossratsbeschluss vom September 2014 zugrunde lagen. Wie kam es zu dieser Änderung? Ein solches Geschäft benötigt eine längere Vorbereitungszeit. Die Anzahl Asylsuchender ist jedoch sehr volatil. Letzten Donnerstag nahm ich mit Frau Bundespräsidentin Sommaruga wieder einmal an einer Sitzung des Ausschusses des Justiz- und Innenministerrats der EU (JI-Rat) teil. Dort lag unter anderem ein Papier des ungarischen Innenministeriums vor. Dieses zeigte auf, dass die Anzahl Asylsuchender pro Jahr zwischen 2008 und 2012 in Ungarn immer rund 1200–1300 betrug. Im Jahr 2013 kamen auf einmal 28 000 Asylsuchende nach Ungarn, und 2014 schon 42 000. Alleine im Januar und Februar 2015 waren es 28 000. Es ist somit recht anspruchsvoll, vorhersehen zu wollen, wie viele Leute wann um Asyl nachsuchen werden. Wir brauchen einen Zusatzkredit, weil die heutige Anzahl UMA höher ist als die Anzahl, von der wir bei der Planung ausgegangen sind.

Nun möchte ich auf die Konsequenzen einer Annahme des Antrags SVP von Frau Grossrätin Geissbühler hinweisen. Diese sind im Vortrag auf den Seiten 6 und 7 beschrieben. Die Folge wäre, dass die UMA, für die es im Zentrum keinen Platz mehr gibt, an einem anderen Ort untergebracht werden müssten. Der Antrag SVP schlägt eine Unterbringung in den Zentren für Erwachsene vor. In Einzelfällen wäre dies möglich, etwa bei den 19-Jährigen und bei einem Teil der 18-Jährigen. Die anderen hingegen müssten in Familien platziert werden. Da diese Kinder alle bei der KESB gemeldet sind, müssen sie entsprechend begleitet werden. Auch da entstehen Kosten. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass keine Kosten entstünden. Ich bitte Sie, den Absatz zu den Konsequenzen einer Ablehnung zu lesen.

Dann möchte ich noch auf die Haltung des EJPD betreffend Sonderunterbringung hinweisen. Das EJPD vertritt die Auffassung, dass es nur einen Anteil der Kosten für die Sonderunterbringung übernehmen muss, da der Kindes- und Erwachsenenschutz in der Zuständigkeit der Kantone liegt. Die Kosten würden somit beim Kindes- und Erwachsenenschutz entstehen. Nun möchte ich Ihnen noch ein persönliches Erlebnis erzählen: Die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli hat mit fünf Mitarbeitern ihrer Direktion unser UMA-Zentrum in Belp besucht, weil man sich im Aargau überlegt, eine ähnliche Einrichtung zu schaffen. Es war interessant, sich die jungen Leute anzuschauen, die dort untergebracht sind, insbesondere die Buben. Viele dieser Buben engagieren sich in den lokalen Fussballclubs. Wenn sie dereinst im Dress der Schweizer Nationalmannschaft auflaufen, dann freuen sich alle, weil die Schweiz so gut Fussball spielt. Denken wir doch daran, dass ein grosser Teil dieser UMA die nächsten 70 Jahre in der Schweiz verbringen werden! Packen wir jetzt die Chance und tragen wir zu ihrer Integration bei, indem wir diese Jugendlichen in einem adäquaten Setting betreuen. Wenn diese Jugendlichen hier Fuss fassen können, dann haben wir auch in Zukunft die Chance auf eine Nationalmannschaft, die sich sehen lässt.

Präsidentin. Nous passons au vote et nous allons procéder de la façon suivante. Ceux qui accepteront ce crédit, tel que le propose le Conseil-exécutif, diront oui et ceux qui refusent ce crédit, tel que le propose l'amendement de l'UDC, diront non. Nous passons donc au vote. Ceux qui acceptent ce crédit tel que le propose le Conseil-exécutif votent oui, ceux qui refusent ce crédit tel que le propose l'amendement de l'UDC votent non.

Abstimmung (Antrag Regierungsrat / Kommission (Annahme) gegen Antrag Geissbühler (Ablehnung))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	107
Nein	38
Enthalten	6

Präsidentin. Vous avez accepté ce crédit.